



## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

### **Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert sich beim Qualifizierungsgipfel unter anderem dafür stark zu machen, dass die Schulsozialarbeit an den Schulen direkt gefördert wird und die entsprechenden Voraussetzungen finanzieller und föderaler Art dafür geschaffen werden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Bundesratsinitiative zu starten, um das Kooperationsverbot spätestens zum Ende des Jahres 2010 zurückzunehmen.

### **Begründung**

Mit der Einführung des Kooperationsverbots im Rahmen der Föderalismusreform I im Jahre 2006 haben sich Bund und Länder einen Bärendienst erwiesen. Dies hat auch die Bundesministerin Schavan erkannt. Der Bund kann seinen Teil der gesamtstaatlichen Verantwortung für Bildung zurzeit überhaupt nicht wahrnehmen. Stattdessen werden komplizierte Umwege dafür gesucht, wie der Bund die Länder doch unterstützen kann. Dies wird auch im Rahmen der Verhandlungen um den Qualifizie-

zungsgipfel deutlich. Sinnvoll wären gemeinsam von Bund und Ländern ausgehandelte und finanzierte Programme, die zu einer Qualitätssteigerung im Bildungsbereich führen. Initiativen wie das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" für mehr Ganztagschulen haben gezeigt, dass es wichtig ist, Programme gemeinsam aufzulegen, durchzuführen und zu finanzieren. Die Förderung ganztägiger guter Bildung, die Förderung von SchulsozialarbeiterInnen an den Schulen und die Förderung der frühkindlichen Bildung sind dabei sicher unumstritten.

Bundeskanzlerin Merkel proklamiert gerne die "Bildungsrepublik Deutschland". Wenn die Bundesregierung nicht endlich anfängt, eine Initiative zur Aufhebung des Kooperationsverbotes einzuleiten, dann wird auch der nächste Gipfel im Juni zu einer Farce. Das Kooperationsverbot wurde 2006 aus einer Missstimmung zwischen Bund und Ländern, in erster Linie auf Drängen der Ministerpräsidenten, beschlossen und ist eine selbstverordnete Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern.

Anke Erdmann  
und Fraktion